Kritik und Selbstkritik

Lehren der deutschen Katastrophe

Der „Kampf", die Wiener sozialdemokratische Monatsschrift, hat aus Anlaß der bevorstehenden Pariser Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ein Doppelheft herausgebracht, das sich mit dem voraussichtlichen Hauptthema der Konferenz, mit der deutschen Katastrophe beschäftigt. Otto Bauer schreibt über den „Deutschen Faschismus und die Internationale", Emil Vandervelde über die nächsten Aussichten der S.A.I., Friedrich Stampfer liefert einen „Beitrag zur Selbstkritik", Germanicus beschäftigt sich mit der Außenpolitik Deutschlands. Es folgen Artikel von Karl Kautzky, „Die blutige Revolution", Theodor Dan „Die kleinbürgerliche Rebellion und das Proletariat" und Max Adler „Wandlung der Arbeiterklasse". Wir geben aus dem inhaltsreichen Heft einiges des Interessantesten wieder.

Otto Bauer:

„Man liebt es, die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie aus den Fehlern, die sie begangen habe, zu erklären. Daß verhängnisvolle Fehler begangen worden sind, unterliegt keinem Zweifel. Aber wer ein Weltereignis, wie den Sieg des Faschismus in dem größten und wirtschaftlich vorgeschrittensten Industriestaat Europas nicht anders als aus den Fehlern zu erklären weiß, die Ebert und Scheidemann, Hermann Müller und Wels begangen hätten, der überschätzt sehr unmarxistisch die Macht führender Personen über die Geschichte. Er verschließt sich selbst damit den Weg zu tieferer Erkenntnis der deutschen Gegenrevolution und der Lehren, die aus ihr zu ziehen sind."

Von diesen Sätzen ausgehend beschäftigt sich Otto Bauer mit den objektiven Ursachen der deutschen Niederlage. Im Weltkrieg, so führt er aus, siegte die bürgerliche Demokratie Englands, Frankreichs und Amerikas. Ihrem Druck muß sich die sozialdemokratische Regierung, die das Erbe des Kaiserreiches übernommen hatte, beugen. Diktatur der Arbeiterklasse 1918 hätte Einmarsrh der fremden Armeen und Zertrümmerung des Reiches bedeutet. Die Sozialdemokratie wagte es nicht, Kohle und Stahl zu sozialisieren, weil sie der französische Imperialismus dann zu Reparationzswecken weggenommen hätte. Sie wagte nicht, den Großgrundbesitz zu enteignen, um nicht die Hungersnot noch zu vermehren. Die große französische Revolution und die große russische Revolution haben sich in großen Nationalkriegen befestigt und stabilisiert. Die deutsche Revolution mußte Versailles hinnehmen. Trotzdem behauptete sich die Republik, bis 1929 die Weltkrise des Kapitalismus kam. Damals war Hermann Müller Reichskanzler, Otto Braun Ministerpräsident.

Sozialdemokraten standen an der Spitze, aber die Wirtschaft war kapitalistisch.

So erschienen die Sozialdemokraten in breiten Massen als verantwortlich für das Elend, das der Kapitalismus über sie verhängte."

„An dieser tragischen Lage", sagt Otto Bauer wörtlich weiter, „ist die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die deutsche Republik zugrunde gegangen. Der Sozialismus kann sich in der Regierung nicht behaupten, wenn er nicht die Wirtschaft zu sozialisieren vermag; das Proletariat kann nicht dauernd eine kapitalistische Gesellschaft beherrschen. Die Freiheit im Innern ist nicht zu behaupten, wenn sie die Freiheit nach außen nicht zu erringen vermag; die Demokratie ist untrennbar verbunden mit der nationalen Unabhängigkeit."

Otto Bauer beschäftigt sich weiter mit dem Wesen des Faschismus. „Aus den Klassenkämpfen der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine despotische, beide Klassen als rechtlose Untertanen beherrschende Staatsgewalt hervorgegangen. Aber indem diese Staatsgewalt das Kapital gegen die Arbeiter schützt, gewinnt es seine Unterstützung. Die deutsche Bourgeosie, die niemals selber regiert hat, hat sich jetzt dem Faschismus unterworfen, wie früher den Hohenzollern. In der Zwischenzeit aber hat der Staat eine ungeheure Macht über das Wirtschaftsleben gewonnen, über Preise und Löhne, über Verkaufsbedingungen und Arbeitsbedingungen. So ist eine Staatsmacht entstanden, die noch viel furchtbarer drückt als der politische Absolutismus früherer Zeiten.

„Das ganze deutsche Volk versinkt so in einen Zustand unerträglicher Staatssklaverei. Wenn es sich gegen sie erheben wird, wird es sich gegen sie erheben mit dem Schrei nach Freiheit."

Kann, so fragt Otto Bauer weiter, die Diktatur des Proletariats die Parole im Kampf gegen den deutschen Faschismus sein? Bei diesem Wort denkt jeder an Rußland. Würden die deutschen Sozialdemokraten die Diktatur des Proletariats als Kampfziel verkünden, so würden breite Massen denken, dies bedeute nur den Terror der G. P. U. statt des Terrors der SA. Es gilt aber die Mittelklassen gegen den Faschismus zu mobilisieren. Die Kampfparole der Diktatur würde die Arbeiter isolieren und die deutschen Mittelklassen beim Faschismus halten. Der Kampf gegen die despotische Staatsgewalt wird nicht anders zu führen sein als ein Kampf um die Demokratie, die nur als sozialistische Demokratie wahr und dauerhaft sein kann. Der Faschismus muß entwaffnet werden, das Kommando des Großkapitals und der Junker über die Arbeitsstätten und den Boden muß beseitigt werden, dann aber muß unsere revolutionäre Macht die freie demokratische Selbstbestimmung des deutschen Volkes verwirklichen —

„ein wahrhaftes Reich des Rechtes: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt."

Zu diesem Zweck müssen alle Kräfte des Proletariats zusammengefaßt werden. Aber auch die Mittelklassen gilt es zum gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Was ergibt sich daraus für unsere grundsätzliche Stellung gegenüber dem Bolschewismus? Der Bolschewismus, antwortet Bauer, hat immer grundsätzlich anerkannt, daß seine Diktatur nur eine vorübergehende Staatsform ist. Lenin hat das Absterben der Gewaltherrschaft verheißen, was freilich Verheißung einer fernen Zukunft geblieben ist. Rußland kann nicht von heute auf morgen die Demokratie einführen, ohne der weißen Gegenrevolution zum Sieg zu verhelfen. Aber die Kommunisten müssen dort, wo sie herrschen, den Beweis erbringen, daß auch ihr Ziel die Freiheit ist, und daß sie bereit sind, die Diktatur abzubauen, soweit das ohne Gefährdung der sozialistischen Resultate der Revolution geschehen kann, an deren Erhaltung auch wir Sozialdemokraten das stärkste Interesse haben. Auf diese Weise, meint Otto Bauer, könnte Sowjetrußland der Arbeiterklasse Europas im Kampf gegen den Faschismus den größten Dienst erweisen und die geistige Einheitsfront des Proletariats ermöglichen.

Als höchst gefährlich bezeichnet Otto Bauer den

Gedanken eines Präventivkrieges gegen Hitler-Deutschland.

Ein solcher Krieg würde von kapitalistischen Regierungen geführt werden, denen sich der Sozialismus niemals als Organ der Kriegsführung zur Verfügung stellen darf. Er muß in unversöhnlicher Feindschaft gegen den Krieg verharren.

In einem Schlußkapitel beschäftigt sich Otto Bauer mit der Internationale und ihrem Verhältnis zu Deutschland. Viele, sagt er, lieben jetzt die deutsche Sozialdemokratie zu schmähen, und dabei werden selbst von Wortführern ausländischer Arbeiterorganisationen Worte gebraucht, in denen der Deutschenhaß der Kriegszeit neu auflammt. Gewiß hat die deutsche Sozialdemokratie schwere Fehler begangen, aber die entscheidenden Ursachen der Niederlage liegen in den Tatsachen von 1918, im Gewaltfrieden von Versailles und der Weltwirtschaftskrise.

Die Tardieus haben am wenigsten ein Recht, sich als Ankläger aufzuspielen.

„Gewiß, geschlagene Generale sind nicht geeignete Führer im neuen großen Kampf. Die illegale, die revolutionäre Arbeit erfordert andere Führer als die, die zu der legalen Arbeit der deutschen Sozialdemokratie berufen gewesen sind. Aber dieses neue Führergeschlecht wird erst aus der illegalen Arbeit in Deutschland selbst erstehen müssen. Die Aufgabe der alten Führer in der Emigration muß es bis dahin bleiben, die illegale Arbeit in Deutschland zu fördern, solange, bis sie ihre Mission in die Hände der neuen, aus der illegalen Arbeit auf deutschem Boden hervorgegangenen Führer wird übergeben können."

Emil Vandervelde:

Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gibt einen raschen Ueberblick über die Lage der sozialistischen Parteien in der ganzen Welt. Zur Zeit des Wiener Kongresses 1931 war Labour in England an der Macht, die deutsche Sozialdemokratie ist vernichtet, die englische Arbeiterpartei geschwächt. Aber die französische Sozialistenpartei macht trotz ernster innerer Gegensätze unaufhörliche Fortschritte, die spanische stützt sich auf Millionen von Organisierten, was auch auf Südamerika stark zurückwirkt. In Schweden, Dänemark, Holland, Belgien und der Schweiz hat der Sozialismus seine starke Position gehalten und ausgebaut. In Deutschland aber ist der Faschismus siegreich. „Die Bemühungen einiger unserer Parteigenossen, Duldung zu erreichen, schlossen mit einem kläglichen Mißerfolg." Die bürgerlichen Parteien in der Welt hätten freilich kein Recht, sich als Kritiker aufzuspielen, da ja auch die bürgerlichen Parteien Deutschlands vernichtet worden sind. Der totale Staat Hitlers führt zu denselben Konsequenzen wie jener Stalins oder Mussolinis.

In zwei Dritteln Europas gibt es nur mehr eine Partei an der Macht, für die anderen nur Gefängnis, Deportation oder Exil.

Wenn es freilich keine andere Wahl gäbe als zwischen der Diktatur Stalins und einem „weißen" Regime, wären wir trotzdem für die russische Revolution. Am Steigen der nationalistischen Welle trägt Deutschland nicht allein Schuld. Die Internationale hat 1922 in Frankfurt, 1923 in Hamburg die Uebereinstimmung der Sozialisten zustandegebracht für Revision von Versailles, Räumung des besetzten Gebietes, Gleichheit der Abrüstung und Beschränkung der Kriegsschulden auf Wiedergutmachung direkter Schäden. Es stünde heute besser um die Welt, wenn man sie gehört hätte. Wenn aber die Gegner glauben, der Rückschlag, den der Sozialismus jetzt erleidet, sei endgültig, so folgen sie einer Illusion. Im Jahre 1848 brach die Revolution zusammen. Die 1864 gegründete Erste Internationale spaltete sich und löste sich nach der Niederlage der Kommune auf. Als Marx 1883 starb, gab es in Europa eine einzige sozialistische Partei, die deutsche Sozialdemokratie, und auch diese lebte unter dem Sozialistengesetz illegal. Erst 1889 begann der Wiederaufstieg. In fast allen Ländern organisierten sich die Sozjialisten nach deutschem Vorbild. Aber schon seit 1903 stand die Kriegsgefahr im Vordergrund aller Erwägungen. In diesem Zusammenhang zitiert Vandervelde folgende ergreifende

Prophezeiung von Jean Jaurès:

„Aus einem Europäischen Krieg kann die Revolution hervorgehen, und die herrschenden Klassen mögen gut tun, daran zu denken. Aber es können auch für lange Perioden Krisen der Konterrevolution und wütender Reaktion entstehen. Krisen des Nationalismus, der erstickenden Diktatur, des furchtbaren Militarismus, eine lange Kette rückschrittlicher Gewalttätigkeit und niedrigen Hasses der Unterdrückung und der Knechtschaft."

Dieser Zustand wird nicht ewig dauern, aber er kann lange dauern. Inzwischen stellt sich gebieterisch für die Internationale die Frage der Revision ihrer Strategie und Taktik. Der große Kampf zwischen Internationalismus und Nationalismus hat begonnen. Wenn der zweite die Ueberhand erhält, werden noch mehr Diktaturen entstehen. Krieg, Katastrophe des Kapitalismus, Revolution über Blut und Trümmern werden dann die Folgen sein. Der Sieg des Internationalismus dagegen kann Zusammenstöße und Gewalttätigkeiten auf ein Minimum reduzieren.

Friedrich Stampfer:

findet den Wunsch nach einer gründlichen Untersuchung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs durchaus begründet. Auf Empfindlichkeit einzelner Personen darf keine Rücksicht genommen werden. Das Schicksal eines Einzelnen spielt keine Rolle. Eine systematische und gründliche Untersuchung ist nützlicher als eine systemlose sich in Einzelheiten verlierende Kritik. Sicher aber wird man die Ursache der Katastrophe nicht darin suchen dürfen, daß nicht genug Selbstkritik geübt worden ist. In keiner Sektion der Internationale ist mehr und freiere Selbstkritik geübt worden wie in der Deutschen Sozialdemokratie. Vielleicht war auch die Selbstkritik schon das Symptom einer Schwäche, die aber dann nicht durch

Verschärfung der Parteidisziplin, sondern durch mitreißende Aktionen der Führung hätte behoben werden müssen.

Eine systematische Untersuchung muß bei den theoretischen Grundlagen beginnen und feststellen, wie weit der wissenschaftliche Sozialismus seiner Aufgabe gewachsen ist. den Bewegungen der verschiedenen Länder als Richtschnur zu dienen. Dabei wird man sofort auf die Frage stoßen, ob die Partei

zu viel oder zu wenig „Arbeiterpolitik"

getrieben hat. Arbeiterklasse und Proletariat oder gar „proletarisierte Masse" sind heute nicht mehr identisch. Die letztere reicht über die Arbeiterklasse weit hinaus. Während sich die Arbeiterklasse in der Hauptsache in zwei Teile spaltete, Sozialdemokraten und Kommunisten, zerfiel die „proletarisierte Masse" in drei Teile, von denen der nationalsozialistische schließlich stärker wurde als die beiden anderen zusammen. Karl Marx hat mit genialer Klarheit die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft vorausgesehen, aber nur bis zu dem Punkt, an dem es mit ihr zu Ende geht, und an diesem Punkt stehen wir heute. Ueber das, was danach kommt, konnten Marx und Engels von ihrem Standpunkt aus nichts näheres aussagen, ohne den wissenschaftlichen Charakter ihrer Arbeit preiszugeben. Heute aber stehen wir vor der Frage, wie sozialistische Wirtschaftspolitik im nationalen und im internationalen Rahmen möglich ist. Hier fehlt noch die Zuversicht, daß ein zielbewußter Versuch sozialistischer Wirtschaftspolitik unmittelbar eine fühlbare Besserung in der Lage der Massen herbeizuführen imstande ist.

Demokratischer Sozialismus ist aber nur dann möglich, wenn eine sozialistische Partei auf dem Gebiet der sozialistischen Wirtschaftspolitik überzeugende Proben ihres Könnens ablegt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat zur Hebung der Lage der Arbeiter Außerordentliches geleistet, sich aber dabei in der Hauptsache auf die sozialpolitische Arbeit beschränkt, die ihr von ihrer Jugend an geläufig war, während sie erst viel später tastende Ansätze einer sozialistischen Wirtschaftspolitik entwickelt hat.

Eine gewissenhafte Untersuchung wird mindestens bis 1914 zurückgehen müssen. Damals gab es zwei Möglichkeiten. Entweder versuchte die sozialistische Arbeiterbewegung den Staat für sich zu erobern, indem sie ihn nach außen verteidigte, oder sie war bereit, zu revolutionären Zwecken auch die Niederlage des eigenen Landes hinzunehmen. Die Entwicklung der letzten Zeit hat den Anhängern der zweiten Auffassung starke Argumente in die Hand gespielt. Denn wo ist den sozialdemokratischen Frontkämpfern gegenüber der „Dank des Vaterlandes" geblieben? Dieses Gerede hat den brutalen Tatsachen des Klassenkampfes nicht standgehalten. Nach der Meinung der meisten Sozialdemokraten war damals aber eine andere Haltung überhaupt gar nicht möglich, und aus ihr ergab sich die Notwendigkeit weiterer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien. Durch sie wurde die Umwandlung Deutschlands in eine demokratische Republik und ein gewaltiger Aufstieg der Arbeiterklasse erreicht, aber diese Erfolge ließen sich nicht halten. Die Spaltung wurde stabilisiert und zwang die Sozialdemokratie zu einem aufreibenden Zweifrontenkrieg. Sie schuf dem Faschismus Bundesgenossen im Rücken der Sozialdemokratie.

Versuche, diesen katastrophalen Zustand zu beseitigen, sind von sozialdemokratischer Seite besonders in der letzten Zeit vor dem Zusammenbruch unternommen worden.

Sie sind ohne Ergebnis geblieben, da die Kommunisten unter der Einheitsfront nur eine Kommunistenfront verstanden, in der die Sozialdemokraten unter Preisgabe ihrer Ueberzeugungen aufzugehen hatten. Innerhalb einer Gesamtbewegung hätte ein kräftiger linker Flügel dafür sorgen können, daß in dem Gewirr taktischer Schachzüge der sozialrevolutionäre Sinn sichtbar blieb. Er konnte einer gewissen Verbürgerlichung entgegenwirken. Außerhalb stehend kannte die Kommunistische Partei kein anderes Ziel als die Vernichtung der Sozialdemokratie. Diese hatte wohl auf sozialpolitischem Gebiet große Erfolge erzielt. Aber unter dem Einfluß der Krise schwanden sie zum großen Teil wieder dahin. Im sozialpolitischen Abschnitt gab es nur noch eine Defensive. Die Verlegung des Angriffkampfes auf die wirtschaftspolitische Linie wurde wohl versucht, aber kam zu spät. Das ewige Verhandelnmüssen zwischen den verschiedenen Zweigen der Arbeiterbewegung war schädlich. Viele Kräfte wurden durch Ueberorganisation verzettelt. Für die Zukunft der Arbeiterbewegung muß stärkste Zusammenfassung unter einer Führung die Losung sein. An klugen Menschen hat es der Sozialdemokratie nicht gefehlt, wohl aber an ihrer Zusammenfassung zu einer kraftvollen Gesamtpolitik. Jetzt ist die alte Führerorganisation im Absterben, die neue wird aus den Massen herauswachsen, die gegen die Gewaltherrschaft kämpfen. Unter den Tausenden der alten Funktionäre hat es neben ausgezeichneten Kräften auch einzelne gegeben, die den Namen Bonzen verdienten und die ungeheuren Schaden anrichteten. „Durch den Kern unserer wieder erwachenden Bewegung aber geht ein Zug zum Heroismus. Noch können die Bücher des neuen Heldentums nicht geschrieben werden, sie wären ein zu wertvolles Material für die Geheime Staatspolizei. Die Zeit für sie wird kommen.

Diejenigen von der alten Generation, die ihre Frische und ihre Aktionsfähigkeit bewahrt haben, können sich nur dadurch nützlich machen, daß sie nach Kräften der jungen Generation helfen, ihre Kämpfe zu führen."

Karl Kautsky:

Der Altmeister der sozialistischen Theorie behandelt in tiefschürfenden historischen Untersuchungen das Thema der Revolution und des Bürgerkrieges. Er bekämpft die Auffassung, daß das Proletariat im Falle seines revolutionären Sieges einen blutigen Charakter bekunden müsse. „Nicht die proletarischen Revolutionäre, sondern deren Gegner und ihre bewaffneten Horden wüten aufs Grausamste, wo sie über das Proletariat siegen, ob durch die Gewalt der Waffen oder durch tückische Demagogie. Wir haben die kapitalistische Welt nicht einfach zu zerstören, sondern eine höhere an ihre Stelle zu setzen." Wo Kräfte am Werke sind, die den Kapitalismus zerstören wollen, um barbarische Arbeitsmethoden an seine Stelle zu setzen, haben wir diese abgelehnt.

Wir kämpfen gegen alle die Freiheit der Arbeiter bedrohenden Tendenzen,

nicht bloß gegen solche, die von Kapitalisten, sondern auch gegen solche, die von Antikapitalisten ausgehen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie im Kampfe um die Demokratie unterlag, so waren daran nicht zum wenigsten jene schuld, die jetzt Vorwürfe gegen sie erheben, vor allem die Kommunisten. Will man aber der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, daß sie nach dem November 1918 kein Schreckensregiment einrichtete, so vergessen die Ankläger, daß bei der damaligen Haltung der Parteien sich ein solcher Terror in erster Linie gegen Kommunisten hätte richten müssen. Ein Schreckensregiment 1918 hätte Deutschland von neuem in der Welt isoliert und das Proletariat in einen Abgrund von Elend und Schmutz gestürzt. Es ist verkehrt, eine Diktatur anzustreben zu dem Zweck, die Diktatur der Gegner zu bekämpfen und die Demokratie herbeizuführen. „Ein wahrhaft sozialistisches Gemeinwesen ist ohne Menschlichkeit unmöglich. Es soll die Verwirklichung sein der Parole der französischen Revolution:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!"

„Wir bleiben unter allen Umständen Verfechter der Demokratie und der Menschlichkeit. Wir weisen als ebenso sinnlos wie grausam und für unsere Sache wie unser Volk gleich verderblich die Zumutung zurück, zur Humanität gelangen zu wollen durch Bestialität."

wie gegen die niedrigen Verleumdungen derer, die Deutschland verlassen mußten, einzusetzen. Die Geschichte wird einmal ein vernichtendes Urteil nicht nur über diejenigen fällen, die Unrecht getan haben, sondern auch über die, die dem Unrecht stillschweigend zusahen.

Dr. Rudolf Breitscheid.

Der Kampf von draußen

Die gleichgeschaltete „Frankfurter Zeitung" läßt sich von ihrem Pariser Korrespondenten berichten, man verstünde im Auslande bald nicht mehr, wie Deutsche von draußen her das eigene Land beschimpfen könnten. Den gleichen heuchlerischen Refrain plärrt auch die Hitlerpresse in gewissen Zeitabständen. Zu diesem Spiel möchten wir einiges einmal numeriert sagen. Vielleicht haftets dann in gewissen Köpfen besser.

1. Die antifaschistischen Auslandsdeutschen haben sich nie und nirgends gegen Deutschland gewendet, sondern immer nur gegen die Vergewaltigung unserer Nation durch eine verbrecherische verlogene Minderheit.
2. Die sozialistischen und demokratischen Auslanddeutschen sind sofort bereit, ihre Angriffe auf Hitlerdeutschland von draußen her einzustellen, sobald im Reiche wieder Recht und Gesetz gelten und jeder Deutsche seine Meinung nach Recht und Gesetz vertreten kann.
3. Zu allen Zeiten hat man den Exilierten, deren Meinung daheim verboten war, im freien Gastland als selbstverständlich zu sagen erlaubt, was sie litten. Das galt nicht nur für die Auswanderer von ehedem, das galt nicht nur für die Börne, Heine, Herwegh, Marx etc. des Vormärz, sondern vor allem auch für die russischen Revolutionäre.
4. Dieselben braunen Blätter hatten nie etwas dagegen, daß die russischen Weißgardisten in der Emigration ihr bolschewistisches Vaterland befeindeten! Im Gegenteil: für sie wurde in Berlin eine Art Ehrenlegion gebildet.
5. Ehe die Hitlerianer an die Macht kamen, verging sich ihr oberster Führer gegen die deutsche Volksmehrheit, indem er und seine Palladine in ausländischen Blättern das Vertrauen zur Mehrheitsregierung Brüning untergruben und die Kredite gefährdeten. Und dabei hatten die Braunen damals daheim volle Rede- und Schreibfreiheit!
6. Die geflohenen österreichischen Nazibonzen betreiben gegenwärtig in Deutschland die wüsteste Hetze gegen ihr österreichisches Heimatsland und werden dazu von der NSDAP. finanziert.

So — und nun mögen diese Burschen weiter auf die vaterlandlosen Emigranten schimpfen, doppelzüngig, zwiespältig, heuchlerisch und verlogen, wie sie es immer sind!

750 davongejagte Professoren

In England hat sich ein akademisches Hilfskomitee gebildet, das sich besonders der aus dem Dritten Reich davongejagten Hochschullehrer annimmt. Das Komitee schätzt die Zahl der Entlassenen auf 750 und gibt folgende Statistik:

Baukunst und Musik	45
Literatur und Philologie	47
Philosophie und Theologie	48
Rechtswissenschaften	55
Volkswirtschaft und Staatsrecht . .	115
Physik und Mathematik	105
Maschinenbau und Technologie . .	15
Chemie	85
Medizin und Biologie	235

An der Spitze des Hilfskomitees steht der berühmte Physiker Lord Rutherford.

*

Sahm bewährt sich

Der Berliner Oberbürgermeister ist sicher ein wendiger Mann. Gestern war er noch Führer für die Hindenburgwahl gegen Hitler. Heute ist er "strammer" Nationalsozialist. Darum darf er auch Oberbürgermeister von Berlin bleiben, obwohl er einstmals von Marxisten gewählt wurde. Noch zu seiner Amtszeit wurden Gedenktafeln für Karl Marx und Ferdinand Lassalle an den Häusern angebracht, in denen diese beiden sozialistischen Arbeiterführer einstmals in Berlin gewohnt hatten, und Vertreter des Magistrats hatten im Auftrage des Oberbürgermeisters die Verdienste dieser Marxisten gefeiert. Es wird nunmehr bekannt, daß der Oberbürgermeister diese Tafeln herunterreißen ließ, aber dafür Berlin mit einer großen Horst-Wessel-Gedenktafel beglückt hat. — Es geht doch nichts über Charakterstärke!

*

Ein Lied für Adolf

Als die Arbeiterschaft Dortmunds am vergangenen Montag zu ihren Arbeitsstätten eilte, entdeckten sie an mehr als 1000 Häusern in den verschiedensten Stadtteilen Plakate mit folgendem Text:

„Gibt uns Adolf bis Weihnachten kein Brot,
Dann werden wir wieder rot
Und schlagen Hitler tot."

Breitscheid an Neurath

Ein Brief an den deutschen Außenminister

Dr. Rudolf Breitscheid hat am 4. August aus Zürich folgenden Brief an den Reichsminister Dr. Neurath gerichtet:

Daß es mich einige Ueberwindung kostet, an Sie zu schreiben, werden Sie verstehen.

Unmittelbare Veranlassung gibt mir der am 29. Juli im „Völkischen Beobachter" erschienene Artikel, der über die ganze Seite die fette Ueberschrift trug: „Breitscheid, der Spion Frankreichs", und der unter anderen Verdächtigungen die schon früher einmal von demselben Blatt aufgestellte Behauptung enthielt, ich hätte mich um einen Posten im französischen Auswärtigen Dienst beworben.

Inzwischen hat der Quai d'Orsay die infame Andeutung des „Völkischen Beobachters", in deren Folge mich die „Kreuzzeitung" bereits mit dem Tode bedroht, von sich aus als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen. Ich habe diese Erklärung bisher nur an versteckter Stelle in der „Frankfurter Zeitung" gefunden und bin überzeugt, daß die Hetze trotzdem weiter gehen wird.

Sie, Herr Reichsminister, konnten wissen oder hätten ohne besondere Mühe feststellen können, daß die Behauptung des "Völkischen Beobachters" eine niederträchtige Lüge ist, und wenn Ihnen schon meine persönliche Ehre gleichgültig war, so hätte es meiner Ansicht nach die Ehre des von Ihnen verwalteten Atmes erfordert, dieser Infamie entgegenzutreten.

Sie kennen, Herr Reichsminister, auch ebenso gut wie ich, die Gründe, die jenen Artikel veranlaßt haben. Er soll als Vorbereitung für die Entziehung meiner deutschen Staatsbürgerschaft dienen. Schon hat man es abgelehnt, den Paß meiner Frau ebenso wie die Pässe verschiedener politischer Freunde zu verlängern. Man schickt sich an, uns unsere Staatsbürgerschaft zu stehlen, wie man uns den geringen Besitz gestohlen hat, der in Deutschland vorhanden war. Man sucht nach einer Rechtfertigung für dieses widerrechtliche Vorgehen. Man findet sie bei mir in der erlogenen Behauptung, ich sei ein Spion. Man wird für andere andere Verleumdungen bereit haben.

Dabei wird immer wieder die Insinuation eine Rolle spielen, wir seien ins Ausland gegangen, um gegen Deutschland zu wirken und die übrigen Nationen durch Greuelpropaganda gegen Deutschland aufzubringen. Wir wirken nicht gegen Deutschland und das deutsche Volk, aber ich stehe nicht an, zuzugeben, daß wir gegen die gegenwärtigen deutschen Machthaber und gegen die Taten ihrer Anhänger auftreten. Wir haben die Opposition, die wir in jedem Rechtsstaat innerhalb der Grenzen des Landes treiben könnten, ins Ausland getragen, da in Deutschland die Gegner des Regimes darauf gefaßt sein müssen, nicht nur nach Willkürgesetzen bestraft zu werden, sondern auch Mißhandlungen und den Tod zu erleiden. Wir brauchen keine Greuelpropaganda zu treiben, denn die tatsächlich verübten Greuel treiben ihre Propaganda selber.

Ist es richtig oder nicht, Herr Minister, daß, ganz abgesehen von den Judenverfolgungen zahlreiche marxistische Führer, an der Spitze der frühere Reichstagspräsident Löbe, in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten, obwohl ihnen kein anderer Vorwurf gemacht werden kann, als der, daß sie, dem Beispiel weniger aufrechter Männer folgend, sich nicht gleichgeschaltet haben? Ist es richtig oder nicht, daß der frühere Abgeordnete und mecklenburgische Ministerpräsident Stelling auf bestialische Weise ermordet wurde? Ist es richtig oder nicht, daß zahllosen anderen vielleicht weniger bekannten deutschen Menschen dasselbe Schicksal bereitet worden ist? Daß Frauen mißhandelt werden, daß Anverwandte von politischen Flüchtlingen als Geiseln festgenommen werden usw.?

Sie, Herr Reichsminister, werden am wenigsten behaupten wollen und behaupten können, daß die Stimmung, die allenthalben im Ausland gegen Deutschland herrscht, durch eine Greuelpropaganda der Emigranten großgezogen worden sei. Ihnen ist bekannt, daß die Debatten im englischen Unterhaus, daß die Behandlung des Herrn Rosenberg, daß die zahlreichen für die deutsche Regierung ungünstigen Aeußerungen der Presse wie sehr hervorragender Persönlichkeiten nicht auf die Agitation politischer Flüchtlinge zurückzuführen sind. Ihnen ist bekannt, daß sich das herrschende System, durch seine Worte und durch seine Taten selber isoliert hat.

Ich nehme an, daß Sie mutig und ehrlich genug sind, um von diesen Tatsachen Ihren Kollegen im Kabinett Kenntnis zu geben. Aber es würde der deutschen Sache im Ausland ein größerer Dienst erwiesen werden, wenn Sie sich entschließen könnten, das Gewicht Ihrer Person und Ihres Amtes sowohl gegen die Untaten, die in Deutschland geschehen,

....und Gerechtigkeit gegen jedermann!

Hindenburgs Verfassungseid und seine Erfüllung

Reichspräsident von Hindenburg hat im Frühjahr 1925 bei der Uebernahme seines Amtes in die Hand des Reichstagspräsidenten und jetzigen Gefangenen im Konzentrationslager von Breslau, Paul Löbe, den folgenden Eid geleistet:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Als frommer Mann, der er ist, fügte Paul von Hindenburg dieser Eidesformel die religiöse Beteuerung hinzu: „So wahr mir Gott helfe!“

Hindenburg war am 5. April 1932 mit 19,360.000 Stimmen zum Reichspräsidenten wiedergewählt worden gegen Hitler, der nur 13,419.000 Stimmen erhielt. Das deutsche Volk hatte bei jener Wahl unzweideutig seinen Willen bekundet, in den nächsten sieben Jahren — solange dauert die Amtsperiode des Reichspräsidenten — nicht nationalsozialistisch regiert zu werden. Diese Entscheidung hat das deutsche Volk niemals widerrufen. Selbst durch den Reichstagsbrand und seine terroristische Ausnutzung hat Hitler für sich und seine Partei allein niemals die Mehrheit erobern können. Auch am 5. März 1933 blieb seine Stimmenzahl hinter der Hindenburgs um mehr als zwei Millionen zurück, nur 44 Prozent der Wähler stimmte nationalsozialistisch, 56 Prozent stimmte für Parteien, die seitdem von der deutschen Erdoberfläche verschwunden sind.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war schon zuvor am 30. Januar erfolgt, zu einem Zeitpunkt, an dem die nationalsozialistische Partei bereits eine rückläufige Bewegung zeigte. Niemand konnte Hindenburg zur Ernennung Hitlers zwingen. Die Ernennung geschah aus des Reichspräsidenten freiem Entschluß.

Hindenburg mußte bei gewissenhafter Erfüllung seiner Pflichten unterrichtet genug sein um zu wissen, daß Hitler das Amt des Reichskanzlers in der Absicht übernahm, die von ihm wie vom Reichspräsidenten selbst feierlich beschworene Verfassung zu brechen. Hindenburg wußte auch, daß Hitler auf Gewalttaten ausging. Hitler selbst hatte in einer Unterredung mit Hindenburg die mutmaßliche Zahl der Toten im Falle der Machtergreifung durch ihn mit 3000 angegeben. Als ein Teilnehmer jenes Gesprächs entsetzt einwandte, Mussolini habe es doch nur bei dem einen Matteotti bewenden lassen, da hatte der nationalsozialistische Kanzlerkandidat überlegen lächelnd geantwortet, das sei ganz falsch; auch der Sieg des italienischen Faschismus habe sehr zahlreiche Menschenleben gekostet. Seit jener Unterhaltung im Herbst vergangenen Jahres, die damals das Tagesgespräch aller politisch interessierten Kreise bildete, galt die Kandidatur Hitlers als erledigt. Bei einem Diplomatenessen, das kurz darauf stattfand, äußerte eine dem Reichspräsidenten damals nächst stehende Persönlichkeit: „Der Anstreicher wird es nicht!“

Wenige Wochen darnach erfolgte die Ernennung.

Hindenburg war von den Gegnern Hitlers gewählt. Er war von jenen gewählt, die gegen Hitler die Reichsverfassung und den Rechtsstaat erhalten wollten. Hindenburg hatte, wenn er Hitler die Reichskanzlerschaft verweigerte, vom Volk den Auftrag dazu und die Mehrheit des Volkes hinter sich. Er war Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht. Niemand konnte ihn zwingen; was er tat, tat er aus freien Stücken.

Die Verfassung von Weimar stellte die Staatsmacht auf zwei starke Säulen, den Reichstag und den Reichspräsidenten. Wurde der Reichstag funktionsunfähig — und er war es längst — so stieg damit automatisch die Macht, aber auch die Verantwortung des Reichspräsidenten. Hindenburg konnte unter den gegebenen Umständen eine Regierung aus eigenem Vertrauen ernennen und sie beauftragen, im Rahmen der Gesetze die Staatsgeschäfte weiterzuführen bis eine parlamentarische Regierung wieder möglich war. Er hätte durch ein solches Handeln den Ruhm erworben, sein Land in der Zeit schlimmster Not vor den furchtbarsten Erschütterungen bewahrt zu haben.

Hindenburg war nicht geschlagen, als er die weiße Fahne hochzog. Freiwillig hatte er seine Autorität weggeworfen, so daß man heute fragen muß, ob es überhaupt noch einen Reichspräsidenten gibt, der die Reichsbeamten ernennt und entläßt.

Gibt es einen solchen Reichspräsidenten noch, dann hatte er schon hundertmal die Pflicht — er hat sie an jedem Tage wieder — Adolf Hitler aus dem Kanzleramt zu entfernen und die Aera des Verbrechens zu beenden. Gibt es aber einen solchen Reichspräsidenten nicht mehr, so ist das Verbleiben Hindenburgs in einem nicht mehr existierenden, innerlich ausgehöhlten Amt eine Täuschung des deutschen Volkes.

Die Frage muß heute wieder aufgeworfen werden: Wie war es möglich, daß dieser Mann Präsident der Deutschen Republik werden konnte? Hindenburgs achtjährige Reichspräsidentenschaft ist eine Folge der Zerrissenheit des deutschen Proletariats. Die Kommunisten haben im Jahre 1925 durch die sinnlose Zählkandidatur Thälmanns dem deutschen Volk Hindenburg als Reichspräsidenten aufgezwungen. Sie haben im Jahre 1932 durch die Wiederholung dieser Sinnlosigkeit die Aufstellung eines aussichtsreichen republikanischen Bewerbers verhindert. Die Kommunisten sind also die letzten, die uns einen Vorwurf machen dürfen, denn sie hatten die Situation geschaffen, in der ein anderer Gegenkandidat gegen Hitler als Hindenburg unmöglich war. Selbst wenn die Sozialdemokraten ihre Stimmen für Thälmann abgegeben hätten, wäre nicht Thälmann gewählt worden, sondern Hitler. So hatten die Kommunisten 1925 Hindenburg zum Sieg verholfen und 1932 die Sozialdemokratie gezwungen — weil sonst nichts übrig blieb — das Experiment mit Hindenburg zu wagen.

Das Experiment wurde gewagt. Es ist mißglückt. Paul von Hindenburg hat im Frühjahr 1933 zugelassen, daß diejenigen zu Tode gemartert, in die Kerker geworfen, rechtlos gemacht und aus dem Lande gejagt wurden, die ihm noch im Jahre zuvor im Glauben, daß er die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren werde, ihre Stimmen gegeben hatten.

Das ist ein Vorgang, der in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist. Künftige Historiker werden ihr Urteil über ihn fällen. Sie mögen dabei nicht vergessen, daß der Mann, der als erster im Kreise von Sozialdemokraten die Wiederwahl Hindenburgs vorschlug — das geschah an einem Januarabend des Jahres 1932 im Palais des Reichstagspräsidenten — Paul Löbe hieß!

Die Lektion war furchtbar, aber die Niederlage ist nicht endgültig. Die Sozialdemokratie, Trägerin unzerstörbaren menschlichen Gedankenguts läßt sich nicht vernichten. Sie wird eines Tages wieder schlagen und siegen.

Abgeschlossen aber ist das Kapitel Hindenburg.

Aus Beamten-Briefen

Man schreibt uns aus Deutschland:

Sie schreiben in der Nr. 4 der Wochenzeitung „Neuer Vorwärts“ in dem Artikel „Hitler hat Angst vor der Revolution“ u. a.:

„Der anständige Beamte schämt sich, Verbrechern gehorchen zu müssen und ersehnt eine neue Aenderung der Dinge.“

Das ist nur zu richtig. Schon in den Monaten März und April sagten mir Schupobeamte, denen die grünen Jungens der sogenannten Hilfspolizei zur Begleitung aufgezwungen worden waren: „Es ist schrecklich mit diesen Kerls, die verstehen nichts vom Polizeidienst, quatschen aber in alles großschnäuzig hinein und wollen kommandieren. Wenn ich so könnte, wie ich wollte, ich schösse so einen Halunken über den Haufen, aber!“ — — und dann kam das resignierende Achselzucken — — „ich habe Familie und wenn ich erledigt bin, geht sie zu Grunde und das will ich nicht.

Bei einer großen Behörde liefen anständige mittlere und höhere Beamte wie vor den Kopf geschlagen umher und, wenn sie in irgend einem Wnikel des Dienstgebäudes sich unbeachtet glaubten, dann machten sie einander das Geständnis: „Das kann doch so nicht weitergehen, das muß doch endlich einmal anders werden, alles, was wir hier machen, ist ja Rechts- und Verfassungsbruch, und reines Irrenhaus dazu. Wenn die Dikatur Hitler abgelöst wird, dann können uns ja die Männer von morgen mit Recht ohne weiteres an die Wand stellen.“

Es flößte diesen Beamten besonderen Schrecken ein, daß sie nicht nur in Protokollen alles, was die Opfer der SA. und SS. über deren Schandtaten aktenmäßig festgelegt haben wollten, einfach weglassen mußten, sondern daß auf die Aktenstücke selbst auf höhere Anordnung stets der Vermerk gesetzt werden mußte: „Im Zuge der nationalen Revolution erledigt“ und daß die Nazibanditen einfach straffrei ausgingen.

In einem anderen Briefe heißt es:

„Bedenkt, daß hier in Deutschland auch das harmloseste Schaf mit einem Bein im Konzentrationslager steht ... Man kann heute wirklich mit Begeisterung singen: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Es ist jetzt allen Beamten zur Pflicht gemacht, dieses Lied und auch das Horst-Wessel-Lied mit der erhobenen Hand zu singen. Wer nicht mitmacht, fliegt! Schon morgens und auch tagsüber haben alle Beamten sich mit dem Hitlergruß zu grüßen. — Wer nicht mitmacht, fliegt! Alle Beamten und Angestellten müssen in der NSBO, der NSLO oder einer gleichgeschalteten Organisation organisiert sein. Wer nicht mitmacht, fliegt! . . .

Ja, es ist in der Tat so, die anständigen Beamten — und darunter nicht etwa nur die sozialistischen, sehnen sich nach einer Aende-

Blonder Kitsch

Von Robert.

Laut erschallte im Dritten Reich der Ruf nach der deutschen Kunst, aber die rührt sich nicht. Darum wird in den Kreisen der Gleichgeschalteten vorläufig darüber diskutiert, wie deutsche Kunst aussieht, wobei es ziemlich durcheinander geht. Die einen wollen den „Begriff der Rasse“ mehr betont haben, während andere die Rasse für eine politische und keine ästhetische Angelegenheit erklären. Die einen Althakenkreuzlerischen erklären die Nachkriegskunst als eine „Kunst der Dekadenz und des Asphalts“, die anderen Neuhakenkreuzlerischen möchten ihre Vergangenheit nicht zu sehr ohrfeigen und suchen von der modernen Kunst zu retten, was zu retten ist. So hielt der kommissarische Leiter der National-Galerie, Prof. Dr. Schardt, vor Nazistudenten einen Vortrag über das „Wesen der deutschen Kunst“, indem er sagte:

„In dem Spiel von volkheitlicher Selbstbehauptung und Ueberfremdung durch griechisch-romanische Einflüsse haben dann später bereits von Klassizismus und Naturalismus C. D. Friedrich. Marees und heute Barlach, dessen Kunst nicht bolschewistisch, sondern gläubig sei, ferner Nolde, Marc und Feininger dem Unendlichkeitswillen des nordischen Menschen reinsten Ausdruck verliehen.“

Nun, was den „Willen des nordischen Menschen“ anlangt, so haben kürzlich erst verschiedene Körperschaften der Nordischsten, der skandinavischen Stämme, mit aller Deutlichkeit das Banausentum, den Despotismus und die Brutalität Hitlerdeutschlands in scharfen Erklärungen abgelehnt. Nolde, Marc und Feininger aber sind Vertreter und Ausläufer expressionistischer Kunstrichtung. Von den nationalsozialistischen Scharfrichtern wurde der Expressionismus und alles, was in dieser Gegend herum stand, als „jüdisch-marxistische Asphaltkunst“ erklärt, jetzt aber versucht man, einige Gleichgeschaltete zu retten, weil sonst in der Kunstgalerie des Dritten Reiches die Durchschnittler, Dilettanten und Kitschisten zu sehr alle Wände beherrschten.

Denn das Wesen aller echten Kunst ist Freiheit, Gedanken- und Formfreiheit, darum hat der Kampf aller echten Kunst von Dürer bis Barlach, von Aristophanes bis Goethe und Schiller sich bisher gegen Despotismus und Gleichschaltung des Geistes wenden müssen, wenn die Kunst nicht das Beste ihres Wesens aufgeben wollte. Und das Beste der Kunst war stets ihr Drang, zu sagen, was wir leiden, zu gestalten, was wir erleben. Dies aber frei zu sagen, ist unter jeder Diktatur verboten. Auch die Kunst des bolschewistischen Rußland bedeutet nur dort etwas, wo sie auf ihrem revolutionären Urgrund zurückgeht, wo sie etwa in großen Filmen den Kampf gegen den Zarismus und zaristische Finsternis gestaltet, wo sie an freies Menschentum appelliert.

Wenn jedoch irgendwelcher Kunst vorgeschrieben wird, chauvinistisch zu sein oder gar zu verherrlichen, was reaktionäre Bluthunde und ihre feile Bonzerie träumen und ersehnen, so sinkt sie zur Dirne herab, so stirbt das menschlich Große und Erhabene in ihr, so entsteht u. a. jener Schlageter- und Fridericusmist, wie er sich gegenwärtig auf deutschen Bühnen breitmacht.

Auf diesem Gebiete ist der neue Kisch bereits so dominierend, daß sich ab und zu selbst Nazi-Prominente, wie jüngst Hanns Heinz Ewers, eines Stöhnens nicht erwehren können. Denkt man sich außerdem manche Künstler weg — die sich nicht gleichschalten ließen oder die noch weniger arisch sind als Hitler mit seiner verdächtigen Großmutter — und denkt man sich die neuen uniformierten Spielwarte hinzu, die dort jetzt zum Regieführen kommandiert sind, dann ergibt sich das grotesk Bild von ehemaligen Kunstinstitutionen, die zu lächerlichen Hakenkreuzsinekuren herabgewürdigt wurden. Die älteren erfahrenen Schauspieler bekommen Bauchgrimmen, wenn sie auf der Probe täglich erleben müssen, wie wenig Hitlers Spielwarte von den Gesetzen der Bühnenwelt wissen, wie hilflos das oben steht, wie das durch Kommandos zu ersetzen sucht, was an Können fehlt, und unter Deutschtum eine blonde Perrücke versteht.

Wie diese blonde Schmiere aussieht, das erzählte kürzlich im Prager „Sozialdemokrat“ eine deutsche Schauspielerin aus ihrer Praxis. Das Ensemble, zu dem sie gehört, geht auf Tournee. Spielplan: Fridericusmist. Im Mittelpunkt immer der „blonde deutsche Typ“. Und nun eine Aufführung: „Die Mühle von Sanssouci — ein deutsches Spiel von Hans Heinrich von Grieselmeier.“ Fridericus stapft über die Bühne, daß die Bretter krachen. Der Schauspieler macht sich einen gimmigen Ulk daraus, übetreibt mit rollenden Rrrs — niemand von den Honoratioren und Stahlhelmern merkt was. Aber weit hinten, die abkommandierten Landarbeiter — grienen die nicht? Die Schauspielerin erzählt:

„Und so kommen wir bis zum Ende des dritten — und Gott sei dank letzten — Akts. Die beiden heldischen Garde-Leutnants haben ihre treudeutschen, blondbezopften Müllerstöchter erobert; ihr Vater, der „knorrige Alte“, hat seinen Prozeß gewonnen und darf die Mühle behalten; Fridericus — erst grimmig gegen die Heiratsgelüste seiner „Kerls“ wetternd — ist gerührt und segnet im Vordergrund der Bühne die Pärchen: „Da gibt's nichts, das meinem königlichen Auge verborgen bleibt“, sagt er laut Textbuch, „und nun tu' in Dreiteufelsnamen jeder das, was richtige Brautleut' tun. Küß' er sein Mädel! Aber herzhaft, Kerls!“ Und laut Regieanweisung fährt er „mit kernigem Humor“ fort: „Ich, der alte Fritz, werd' meine beiden Augen zudrücken.“

„Mit diesen Worten wendet sich der König ab“ — heißt es weiter im deutschen Spiel des Herrn von Grieselmeier — „und begibt sich mit majestätischem Schritt auf den Balkon hinaus, winkt mit königlicher Gebärde dankend seiner siegreichen Garde zu, die unter den Klängen des Fridericus-Rex-Marsches hinter der Szene vorbeidefiliert. Indessen sich im Vordergrund die beiden Paare züchtig küssen und sich der alte Müller mit dem Handrücken eine Träne aus dem Auge wischt, fällt langsam der Vorhang.“

Das ist aus der nationalen Theaterkunst des Dritten Reiches ein typischer Ausschnitt, denn, wenn es sich hier auch um Provinz handelt, so zur Provinz ist jetzt das ganze deutsche Theater degradiert. Die Kritik? Du lieber Himmel, wer wagt denn im gegenwärtigen Deutschland ernsthaft zu kritisieren?! Für solche Leute sind doch Konzentrationslager da! Aber dieser Schlageter- und Horst-Wessel-Kitsch hinterläßt Kassen und das hat vielleicht etwas Heilendes. Denn Dutzende Theater gehen entweder ein oder man muß auf den reaktionären Heldenkohl verzichten und sich auf den Spielplan von ehedem besinnen.

Was also wird von dem hakenkreuzlerischen Geschrei nach nationaler Kunst, nach deutsche Dichtung übrigbleiben? Feile Streber in fetten Pfründen, ein Haufen dramatischer Mist, leere Kassen, Pleiten und abgedroschene, große, unerfüllte, hohle Worte — wie von allen Versprechungen der Hitlerdemagogie!

Verschlechterte Finanzen — Verschlechterte Wirtschaft

Noch immer muß die gleichgeschaltete Presse ihre Anstrengungen fortsetzen, aus den manipulierten Ziffern der Arbeitslosenstatistik eine Besserung der Wirtschaftslage herauszuschwindeln. Unterdessen aber künden andere, nicht zu verheimlichende Tatsachen dann doch die Wahrheit über das fortschreitende deutsche Wirtschaftselend. — Da ist zunächst das

Ergebnis der Steuereinnahmen

im ersten Vierteljahr des neuen Etats. Es bleibt um 71.15 Millionen noch hinter dem Ertrag von April bis Juni 1932 zurück. Seit dem Etat 1929/30, in dem das Steueraufkommen 9026 Millionen betrug, sank es beständig. 1932/33 waren die Steuereinnahmen um nicht weniger als 2380 Millionen zurückgegangen und betrugen 6647 Millionen. Um den neuen, völlig unkontrollierten, der Oeffentlichkeit nur zum Teil bekannten Etat formell ins Gleichgewicht zu bringen, hat das Finanzministerium — zweifellos gegen besseres Wissen — die Einnahmen auf 6870.4 Millionen, also um 233 Millionen h ö h e r angesetzt, mit der Begründung, die zu erwartende Besserung der Wirtschaftslage rechtfertige eine solche Höherstützung. Die Lüge hat kurze Beine gehabt, die Steuereinnahmen sind trotz der Verschärfung der Steuereintreibung, trotz der Steueramnestie und des „Volksverratsgesetzes", das das geflüchtete Auslandskapital zurückbringen und der Besteuerung unterziehen soll, nicht nur nicht gestiegen, sondern zurückgegangen: Bei Bier beträgt der Ausfall 14.7, bei Zucker 2.3, bei Tabak 7.8 Millionen. Die Zölle haben 18.4, die Besitz- und Verkehrssteuern 58.4 Millionen weniger gebracht. Die erhöhte Umsatzsteuer hat einen Mehrertrag von 25.6 Millionen ergeben, die Salzsteuer Papens hat 10.8 und Hitlers Fettsteuer, die seit 1. Mai erhoben wird, 19.2 Millionen geliefert.

Diese Zahlen zeigen jedenfalls das Eine: die Schätzung des Finanzministeriums, dieses Etatjahr werde 223 Millionen mehr erbringen, ist nicht nur durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt, sondern es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Jahresergebnis um etwa 250 Millionen hinter dem Vorjahr zurückbleiben wird. Das bedeutet aber, daß auf der E i n n a h m e seite mit einem

Ausfall von einer halben Milliarde

zu rechnen ist. Die A u s g a b e n seite ist aber erst recht gefälscht, in welchem Ausmaß weiß man vorläufig allerdings noch nicht. Vor allem aber: Am 1. Oktober hören die Steuergutscheine auf, [illegible] die bekanntlich den Steuerpflichten ein erheblicher Teil der Steuern er[illegible]t wurde. Wird das Hitler-Regime es wagen, die Steuern, deren Ermäßigung ja die Wirtschaft ankurbeln, die kapitalistische Unternehmungslust anfeuern sollte, in alter Höhe zu erheben, den Mittelstand unter den „Steuerdruck des alten Systems" zu setzen? Nach dem Bruch aller anderen Versprechungen wäre das ja zu erwarten. Aber es wird ein verfluchtes Wagnis werden. Wird es aber unterlassen, dann ist an einen anderen Ausweg als an den Rückgriff auf die Notenpresse, d. h. die Inflation, schon gar nicht zu denken.

Unterdessen aber hat die Hitler-Diktatur die von Papen begonnene Steuerpolitik der Begünstigung der Kapitalisten fortgesetzt und eine ihrer Blüten ist die S t e u e r f r e i h e i t f ü r d e n E r s a t z v o n M a s c h i n e n und anderen Arbeitsgegenständen. Der Preis für eine Maschine kann darnach vollständig von dem Jahresgewinn abgesetzt werden, dieser Teil des Einkommens bleibt also steuerfrei. Aus der Begründung des Gesetzes erfährt man überraschenderweise w i e d e r e i n S t ü c k W a h r h e i t ü b e r d i e L a g e d e r d e u t s c h e n W i r t s c h a f t und sogar über einen ihrer wichtigsten, für die Beurteilung der Konjunktur ausschlaggebenden Zweige, nämlich über

die deutsche Maschinenindustrie.

Ihre Umsätze betrugen im Jahre 1928 rund 3505 Millionen. (Dabei sind die Preise auf den Stand von 1933 reduziert, so daß die Veränderungen die Mengen angeben; wertmäßig ist der Rückgang noch bedeutsamer.) Die Umstze waren 1928 sogar noch etwas höher als 1913, wo sie 3455 Millionen ausmachten. Im Jahre 1932 waren sie auf 1440 Millionen gesunken, um mehr als die Hälfte!

1928 betrug der I n l a n d s u m s a t z 2480 Millionen, er sank in den folgenden drei Jahren auf 2290. 1740 und 1200 Millionen und 1932 war die Katastrophe da, der Inlandsabsatz betrug nurmehr 720 Millionen, nicht viel mehr als ein Viertel des Umsatzes von 1928! Gleichzeitig sank die A u s f u h r von 1025 auf 720 Millionen. Sie hatte sich immerhin weit besser gehalten als der binnenländische Absatz. Aber nun 1933, das erste Halbjahr der Hitlerregierung, hat das die Wendung gebracht? Eine weitere Verschlechterung ist eingetreten. Zwar sind die Inlandsaufträge gegenüber der z w e i t e n Hälfte 1932 um 11 Prozent gestiegen (den Vergleich mit der ersten Hälfte, der natürlich beweisender wäre, zu ziehen, unterläßt des Offiziosus Höflichkeit), aber die Auslandsaufträge sind um mehr als 40 Prozent zurückgegangen, so daß der Auftragseingang insgesamt einen Rückgang um 13 Prozent aufweist.

Wie wirkte diese Entrichtung auf den A r b e i t s m a r k t? Der Maschinenbau beschäftigte 1913 rund 600 000 Arbeiter, 1928 sogar 660 000; im Juni 1933 war die Zahl auf 250.000 Mann abgestürzt! Dazu muß man nun noch den Ausfall an Arbeitskräften in den Hilfs- und Vorindustrien des Maschinenbaus rechnen; diese beschäftigten 198 000 Arbeiter im Jahre 1928, im Juni 1933 nur noch 75 000 Dazu kommt der Ausfall im Güterverkehr und im Handel, der sich aus dem verminderten Absatz ergibt. Und so erweist die Darstellung des Reichsfinanzministeriums selbst, daß die allein in diesem Zweig der deutschen Wirtschaft entstandene Arbeitslosigkeit auf 550.000 Menschen zu errechnen ist. Den Mindererertrag an Steuern und Sozialbeiträgen beziffert das Ministerium auf 400 Millionen Mark gegen 1928, den Unterstützungsbedarf infolge der Arbeitslosigkeit auf 275 Millionen, die gesamte finanzielle Verschlechterung der öffentlichen Haushalte auf 675 Millionen!

Das Finanzministerium berichtet von einer Steigerung der Inlandsaufträge um 11 Prozent gegenüber dem 2. Halbjahr 1932. Da der Inlandsabsatz im g a n z e n Jahr 1932 nur mehr 720 Millionen ausmachte, so kann es sich bei der Besserung höchstens um 35—40 Millionen gehandelt haben, trotz der Steigerung im Motorenbau für die steuerfrei gemachten neuen Automobile, für die Luftfahrzeuge Görings und die sonstigen Aufträge für die Rüstungsindustrie! Dabei beziffert der Verein deutscher Maschinenbauanstalten den Wert des n o r m a l e n Ersatzbedarfes der deutschen Wirtschaft — auch von den Umsätzen an Maschinen entfallen rund 70 Prozent auf Ersatz — auf jährlich 1.9 Milliarden Mark! Im Jahre 1932 betrug aber der Wert der Ersatzbeschaffungen nur noch 535 Millionen.

Es läßt sich also schließen, daß der I n l a n d s a b s a t z der Maschinenindustrie in der Tat auf ein kaum mehr zu verringerndes Minimum gesunken ist. Dagegen geht der

Export in erschreckender Weise zurück.

Das ist aber nicht mehr allein die Folge der Weltwirtschaftskrise, sondern die Wirkung der Hitlerschen Wirtschaftspolitik. Zu der völligen Absperrung der Einfuhr agrarischer Produkte — der S c h m a l z z o l l z. B. ist in diesem Jahre bereits zum dritten Mal erhöht worden von anfangs 10 auf 100 Reichsmark! — werden gerade in letzter Zeit auch die ausschweifendsten Schutzzollwünsche der Industrie restlos erfüllt. So sind die Zölle auf sämtliche Garnpositionen mehr als verdoppelt worden. Die Maßnahme richtet sich hauptsächlich gegen die englische Einfuhr und wird natürlich zu Gegenmaßnahmen gegen den deutschen Export führen. Zugleich bedeutet diese Zollbelastung des Garns, eines Halbfabrikats, daß die Produktionskosten der deutschen Weberei und Wirkerei, sowie der Bandindustrie erhöht, ihr Export erschwert wird. Dagegen haben die Kartellierungsbestrebungen der Spinnerei durch den Ausschluß der ausländischen Konkurrenz eine mächtige Förderung erfahren.

Hitler unterstützt eben auf jede Weise den Monopolkapitalismus.

Auf der anderen Seite verstärkt sich die B o y k o t t b e w e g u n g, die von den industriellen Konkurrenten Deutschlands mit allen Mitteln ausgenützt wird. So macht das „befreundete" Italien augenblicklich alle Anstrengungen, um Deutschland auf den Märkten der Mittelmeerländer und des nahen Ostens, wo der Boykott große Ausdehnung genommen hat, den Absatz zu entreißen, und in einem Bericht über die Wirtschaftslage der T s c h e c h o s l o w a k e i heißt es: „Der Eindruck verstärkt sich, daß die Tschechoslowakei zu den Ländern gehört, die aus der internationalen Boykottbewegung im Exportgeschäft Nutzen ziehen."

Das ist das Bild der deutschen Wirtschaft, das sich aus amtlichen Zahlen und objektiven Berichten ergibt: Der Nationalsozialismus verschärft die Versklavung der deutschen Arbeiter durch ihre fortschreitende wirtschaftliche Verelendung.

Dr. Richard Kern.

Göring will abschrecken

Der neue Strafvollzug in Preußen

Von Justinian.

Während der preußische Justizminister K e r r l auf Ferienurlaub war, hat das Justizministerium das Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht neu geregelt. Warum nicht? Herr Kerrl, ehemaliger Rentamtssekretär, versteht ohnehin von Dingen der Rechtspflege soviel, wie die Kuh von Einsteins Relativitätstheorie; er hat auch nie versucht, dies Gebiet kennen zu lernen. Kerrl hat in den fünf Jahren seiner Tätigkeit als preußischer Landtagsabgeordneter (von 1928 bis jetzt) — was bezeichnend ist für diesen Justizminister — nicht e i n m a l zu einer Rechtsfrage das Wort ergriffen, nicht e i n e r Sitzung des Rechtsausschusses beigewohnt. Ein aufgeblasener und bequemer Subalternbeamter ohne jedes Wissen, läßt er sich völlig von seinem Staatssekretär Dr. R o l a n d F r e i s l e r lenken, einem pathologischen Maniaken mit deutlich s a d i s t i s c h e n Charakterzügen.

Die neue Strafvollzugsordnung zeigt denn auch die Züge d i e s e s ihres geistigen Urhebers. Bekanntlich hat noch nie ein Sadist zur Befriedigung seiner Wollust gefoltert, sondern immer nur zur Läuterung, Besserung und Bekehrung seiner Opfer. Das Charakteristikum bleibt für ihn, daß er die Folterung eines Menschen als das einzige oder beste Mittel zu seiner Besserung ansieht, während Einsichtige längst erkannt haben, daß ein haltloser und schwacher Charakter — das sind 99 Prozent aller Straffälligen — durch solche Prozeduren nur verhärtet und verstockt wird.

Es lohnt sich sehr wenig, auf die Einzelheiten des Entwurfes einzugehen. Wie in der Politik, wie auf allen übrigen Gebieten des Lebens, so kennen die Nationalsozialisten auch im Strafvollzug nur ein Allheilmittel für alle Uebel: b a r b a r i s c h e G r a u s a m k e i t. Die in der Republik geschaffenen S t r a f v o l l z u g s ä m t e r erstmals überflüssig wieder abgebaut, und die Aufsicht über den Strafvollzug in die Hand der Staatsanwaltschaft zurückgelegt, die nun wieder Anklägerin und Vollstreckerin zugleich ist. Das B e s c h w e r d e r e c h t der Gefangenen wird „als eine Quelle dauernden Aergers" praktisch b e s e i t i g t.

In den Zuchthäusern, wo es künftig besonders barbarisch zugehen soll, wird der S t r a f v o l l z u g i n S t u f e n g ä n z l i c h a b g e s c h a f f t, in den Gefängnissen wird er zwar theoretisch belassen, aber in so geringem Umfang, daß auch hier von einer besonderen und erzieherischen Behandlung der Gefangenen kaum noch die Rede sein kann.

In der demokratischen Republik war das Ziel des Strafvollzuges, den straffällig gewordenen Gefangenen in die Gemeinschaft zurückzuführen und zu einem sozialen Individuum zu erziehen. Die neue Verordnung des Dritten Reiches aber setzt dem Strafvollzug nur den e i n e n Zweck, „die S c h e u vor dem Uebel der Strafe durch die A r t des Strafvollzuges in dem Verbrecher l e b e n d i g z u e r h a l t e n". Also — je grausamer, desto besser! Ob man den straffällig Gewordenen durch die Art des Strafvollzuges geradezu z w i n g t, w i e d e r r ü c k f ä l l i g z u w e r d e n, diese Frage legen sich die Feldwebelgehirne der Hitler-Justiz selbstverständlich nicht vor. Alles, was Hunderte der besten Volkspsychologen und Volkserzieher darüber geschrieben haben, ist in den Wind gepredigt, — haben diese schneidigen Hohlköpfe doch nie eine Zeile davon gelesen.

So begreift man es, wenn sie ganz naiv die H a n d a r b e i t (Tütenkleben, Wollezupfen, Netzeflicken u. dergl.) wieder als Hauptbeschäftigung in die Strafanstalten einführen. Das „verruchte marxistische System" hatte mit der Aufstellung moderner Maschinen in den Arbeitssälen der Strafanstalten gute Anfänge gemacht. Die Strafgefangenen übten an diesen eine Arbeit aus, die sie nach ihrer Entlassung in der Freiheit fortsetzen konnten. Dagegen ist bekannt, daß ein Mensch, der fünf Jahre lang Wolle gezupft oder Tüten geklebt hat, f ü r k e i n e p r a k t i s c h e B e r u f s a r b e i t mehr z u b r a u c h e n i s t. Und nun rechne sich der Laie selber aus: Was wird den Strafentlassenen wirksamer vor Rückfall schützen, die Möglichkeit, wieder in das Arbeitsleben eingegliedert zu werden, oder die Angst vor den Schrecknissen des Zuchthauses bei gleichzeitiger Unmöglichkeit ehrlicher Berufsarbeit?!

Wir können den Verfassern des neuen drakonischen Strafvollzuges eines mit Sicherheit prophezeien: den v ö l l i g e n M i ß e r f o l g, der die Volksgemeinschaft Hunderte von Millionen durch ein Anwachsen des allerschlimmsten Berufsverbrechertums kosten wird. Wenn der Justizminister Kerrl aus seinem durch keinerlei Fachkenntnisse beschwerten Gemüte heraus meint, daß die Bestraften „in Zukunft nicht mehr Lust verspüren würden, straffällig zu werden", so kann ihm jeder erfahrene Kriminalist etwas andres sagen:

Durch diesen barbarischen Strafvollzug wird das g e n a u e G e g e n t e i l erreicht. Es wird erreicht, daß der Mensch, der auch nur e i n m a l als Gelegenheitsverbrecher mit dem Gefängnis Bekanntschaft macht, es verläßt als ein geschworener Feind der menschlichen Gesellschaft, als ein Ausgestoßener, der sich von nun ab in ständigem Kriegszustand mit dieser befinden wird. Und da durch den gleichzeitigen Abbau des G n a d e n r e c h t e s — die amtlichen G n a d e n s t e l l e n werden auch b e s e i t i g t! — die Zahl derer noch beträchtlich wachsen wird, die auf Grund einmaliger Verfehlungen mit der Strafanstalt in Berührung kommen, so läuft das ganze System darauf hinaus, mit Hilfe des „abschreckenden" Strafvollzuges dem B e r u f s v e r b r e c h e r t u m u n g e a h n t e n Z u z u g zu verschaffen.

Dagegen wird selbst der große Fortschritt auf dem Gebiete des Köpfungsverfahrens nichts helfen: Herr Freisler will nämlich die „volksfremde" Guillotine französischen Ursprungs allenthalben durch das treudeutsche Henkersbeil ersetzen. Geschieht nun aus Gründen der Rassepolitik oder ist auch dieses als Förderung der Handarbeit anzusehen? . . . .

Sozialistische Revolution